

Bürgerinitiativen und die Geburt der Grünen

„Von den Bürgerinitiativen zu den Grünen“, lauten die Titel einschlägiger Aufsätze, die das Narrativ von der Entstehung der Umweltpartei „Die Grünen“ aus der Umweltbewegung verbreiten.¹ Der Artikel „Bürgerinitiativen“ im „Handwörterbuch des politischen Systems“² benennt die Entwicklungsschritte der Institutionalisierung der Umweltbewegung, ausgehend von der Gründung einzelner Bürgerinitiativen über die Bildung von Verbandsstrukturen bis zur Parteigründung der Grünen. Bei dem Narrativ „Von den Bürgerinitiativen zu den Grünen“ handelt es sich nicht um ein singuläres Ereignis, sondern um die Interpretation einer Serie von Ereignissen, um eine Erzählung, die eine Vielzahl von Ereignissen in den 1970er Jahren deutet. Diese enge Finalität ist von führenden Bewegungsforschern durchaus kritisch gesehen worden.³ Aus der Sicht der Parteien handelt es sich bei dem, was da so harmlos als Institutionalisierung von Bürgerinitiativen daherkommt, um einen Bruch mit den eingebürgerten Konventionen der Politik. Die Parteigründung der Grünen geschieht quer zu den im Parteiensystem vorgezeich-

neten Bahnen. Die politischen Grundsätze der Parteien der früheren Bundesrepublik sind ausnahmslos Ausformungen der Großideologien des 19. Jahrhunderts gewesen: Konservatismus, Nationalismus, Liberalismus und Sozialismus, wobei sich die anfänglichen Differenzen nach und nach abgeschliffen haben. Aus „Massenintegrationsparteien“ wurden „Volksparteien“, schließlich „Catch-all-Parteien“,⁴ alles Begriffe aus der Wissenschaftssprache und insofern wertneutrale Begriffe. Dagegen betont die Bezeichnung „Bürgerinitiative“ einen gänzlich anderen Ursprungscharakter. Vor allem ist der Begriff rundum positiv: Bürger engagieren sich für ihr Gemeinwesen. Er steht im Bann der Worte Willy Brandts: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“⁵

„Bürgerinitiative“ meint, dass sich Bürgerinnen und Bürger zusammenschließen, um ihre Forderungen in eigener Person, direkt an den Staat und die Verwaltung richten, ohne auf die Vermittlung durch Parteien und Interessenverbände zu setzen und abzuwarten, ob diese aktiv werden und etwas erreichen können.

**01 – Heinz Grossmann (Hg.):
„Bürgerinitiativen. Schritte zur Veränderung?“ (1971)**



Das Neue der Bürgerinitiativen kommt in dem Begriffspaar „Repräsentative Demokratie“ und „Basisdemokratie“ zum Ausdruck. Der Schlüsselbegriff der Bürgerinitiativen ist „Basisdemokratie“. Bei diesem Wort hört das positive Verständnis allerdings für viele bereits auf. Wenn Demokratie in der Bundesrepublik vor allem repräsentative Demokratie ist, ist Basisdemokratie dann vielleicht doch Willkür? Bürgerinitiativen verstehen sich als Selbstorganisationen der Bürgerinnen und Bürger in der Manier einer Demokratiebewegung, die die Initiative nicht an die Parteien aushändigen wollen.

Die Hochphase der Gründung von Bürgerinitiativen waren die Jahre der ersten sozial-liberalen Koalition, 1969 bis 1972, wobei die drei Jahrzehnte vor der Wiedervereinigung insgesamt die hohe Zeit der Bürgerinitiativen waren. Auslöser für die Gründung von Bürgerinitiativen wurden alle Themen, die mit dem Leben in der Gesellschaft zusammenhingen und für Diskussionsstoff sorgten. Es ging immer um „heiße Eisen“. Dafür ist das von Heinz Grossmann herausgegebene Fischer-Taschenbuch „Bürgerinitiativen. Schritte zur Veränderung?“ ein Beispiel.⁶

Ohne WUB im Rathaus säb' es dort gar fad aus

Reinhard Braun

Wir sind eine Zehlendorfer Spezialität. Uns wählen unabhängige Bürger. Wir haben die Ideen, die die anderen übernehmen (später). Wir sind keine Partei. Wir erhalten keine Parteifinanzierungsgelder.



Für Stadtbild-erhaltung, gegen Spekulan-ten: Die WUB stoppte den 42-Mio.-Tunnel im Ortskern Zehlen-dorf, die Abriß-elle, gab Anstoß für die Kommission gegen Verun-staltung.



Für gesunde Umwelt: Die WUB beantragte z. B. salzhaltige statt formalde-hydhaltige Holz-schutzmittel und Asbest-Verbot beim Bau öffent-licher Gebäude; CDU und SPD lehnten ab.



Für den Schutz der Natur: Die WUB kämpf-te mit der BI Wannsee u. a. er-folgreich gegen einen Camping-platz im Jagen 65 in Wannsee und gegen Stahlwände am Pohleseeufer, für das Feucht-gebiet Bäkewiese.



Zehn Jahre ak-tive WUB-Ar-beit im Rathaus Zehlendorf: Wir haben seit 1975 237 Anträge in der BVV gestellt. 54 lehnten die Parteien ab, 85 wurden nicht ab-schließend behan-delt, 98 mal stimm-ten sie zu.



Gegen Korrup-tion und Filz: Die WUB bean-tragte zwei Jah-re vor der Flick-Affaire, daß alle Bezirksverordne-ten ihre beruflichen Bindungen und Grundbesitz in Zeh-lendorf offenlegen. CDU und SPD weigern sich.



In den hier versammelten neun Beiträgen kommen ca. 30 lokale Bürgerinitiativen zu Wort bzw. werden vorgestellt. Die Beiträge betreffen Initiativen „für repressionsfreie Erziehung“ und für die „Veränderung der Schule“. Sie untersuchen die Wohnsituation von Kindern und Eltern im Märkischen Viertel in Berlin und die Möglichkeiten von Mieterinitiativen sowie die Frage, ob Hausbesetzungen Bürgerinitiativen sind. Präsentiert werden daneben die „Kölner Bürgerinitiative Obdachlosigkeit“, das „Aktionskomitee Kind im Krankenhaus“ und die Kampagne der Frankfurter „Frauenaktion 70“ gegen den § 218.⁷ Damit fokussiert das Buch auf empfindliche Schnittstellen zwischen sozialen Bedürfnissen auf der einen Seite und dem Gemeinwesen auf der anderen. Die hier behandelten Fragen können nicht leicht als abstrakte Politik beiseitegeschoben werden. Es sind Fragen, die jeden angehen, von denen jede und jeder betroffen ist. Sie weisen keine Perspektive in Richtung auf eine parteipolitische Organisation oder auf Wahlen, auch nicht der einordnende Beitrag von Claus Offe. Das Nachwort des Herausgebers lautet denn auch: „Bürgerinitiativen sind Initiativen der Basis“. Hierin manifestiert sich die verbreitete Überzeugung, dass sich Bürgerinitiativen nicht vor einen parteipolitischen Karren spannen lassen dürfen, da sie sonst ihre Glaubwürdigkeit verlieren und das umso eher, als sie sich mit ihren Forderungen auch an Parteien wenden. Das Rollenschema ist eindeutig und darf nicht verletzt werden. Aus diesen Bürgerinitiativen werden keine Parteien. Während der

gesamten 1970er Jahre, kann man konstatieren, gibt es innerhalb der Bürgerinitiativbewegung einen prinzipiellen Vorbehalt gegen die Gründung einer Partei. Das zeigen auch die wenigen Beispiele, in denen sich westdeutsche Bürgerinitiativen auf Gemeindeebene zur Wahl stellten.

„Für eine ‚Grüne Stadt am Meer‘“ lautet die Titelzeile des Berichts der Wochenzeitung „Die Zeit“ über die Nachwahl zur Stadtverordnetenversammlung am 22. Oktober 1972 in Wilhelmshaven. In Wilhelmshaven hatten Umweltschützer zusammen mit abtrünnigen Stadtverordneten von SPD und CDU eine überparteiliche Liste, „Die Bürgerschaft“, gegründet, die gegen die städtische Politik des Hafenausbaus und der Industrieansiedlung am Rand des Wattenmeers stritt.⁸ Konkret ging es vor allem um den Bau einer Aluminiumfabrik im Wattenmeer. Am Wahlabend hatte „Die Bürgerschaft“ 9 % der Stimmen und vier Sitze in der Stadtverordnetenversammlung gewonnen. Sie konnte ihr Ergebnis bei den folgenden Wahlen noch ausbauen. 1976 gewann sie wieder vier Mandate und 1981 sechs.⁹ Für die weitere Entwicklung war ausschlaggebend, dass sich „Die Bürgerschaft“ 1977 an der Gründung der Umweltschutzpartei (USP) beteiligte und schließlich Teil des niedersächsischen Landesverbands der Grünen wurde. Diesen Schritt von einer überparteilichen Wählerinitiative zu den Grünen haben aber nicht alle Mitglieder der „Bürgerschaft“ mitgemacht.

Mitte der 1970er Jahre gab es in Berlin eine lange Auseinandersetzung zwischen einer Zehlendorfer Bürgerinitiative und dem Senat, aus der 1974 die Gründung der „Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger“ (WUB) hervorging.

Ausgangspunkt war die Bürgerinitiative „Erhaltung Ortskern Zehlendorf“, deren primäres Ziel es war, eine Untertunnelung des historischen Ortskerns mit Dorfkirche, Dorfanger und Rathaus für den Ausbau der Bundesstraße 1 zu verhindern. Gegen diese Planung gab es einen Alternativentwurf, der im Stadtteil lebhaft diskutiert wurde, gleichzeitig wurde die mangelhafte Bürgerbeteiligung kritisiert, es wurden Unterschriften gesammelt, schließlich hatten sich 10 % der Zehlendorfer für die Alternativplanung ausgesprochen. Als die mit absoluter

Mehrheit regierende SPD das alles ignorierte, beschloss die Bürgerinitiative, parteiunabhängige Bewerber für die 1975 anstehenden Wahlen aufzustellen. Letzteres wurde ihr allerdings unter Berufung auf das Parteienprivileg bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus verwehrt. Erst nachdem das Wahlprüfungsgericht die Wahl in zwei Zehlendorfer Wahlkreisen für ungültig erklärt hatte, kam es im Januar 1976 zu Neuwahlen, bei denen die Kandidaten der WUB 13,8 und 14,4 % der Stimmen, sechs Mandate in der Bezirksversammlung und einen Stadtratsposten im Bezirksamt erhielten, ein Ergebnis, das die WUB bei den folgenden Bezirkswahlen am 18. März 1979 auch in dieser Höhe wiederholen konnte.

Das dritte Beispiel ist den hessischen Kommunalwahlen vom 20. März 1977 entnommen, bei denen die Darmstädter freie Wählergemeinschaft „Bürger gegen die Osttangente“ kandidierte. Die Osttangente sollte als vierspurige Straße quer durch das Martinsviertel führen und damit unmittelbar am historischen Stadtkern von Darmstadt vorbeiführen. Bei der Wählergemeinschaft handelte es sich nicht um eine einzelne Verkehrs-Bürgerinitiative, sondern um einen „ganzen Strauß von Bürgerinitiativen“, die nach Ansicht der Frankfurter Rundschau „kaum unter einen Hut zu bringen“¹⁰ waren. Sie steht, mit anderen Worten, für die Vielfalt der urbanen Alternativkultur. Die Wählergemeinschaft „Bürger gegen die Osttangente“ konnte fünf Sitze in der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung gewinnen und war damit eine der erfolgreichsten Bürgerinitiativen der 1970er Jahre. Aus ihr gingen die Darmstädter Grünen hervor, und wie im Wilhelmshavener Beispiel mochte ein Teil der Darmstädter diesen Schritt nicht mitgehen.

Insgesamt bleibt als Fazit dieser drei erfolgreichen freien Umwelt-Wählerinitiativen, dass sie zwar in den Strom einmündeten, der zur Gründung der Grünen führte, auch dass sie durch ihr Beispiel die breitere Verankerung grüner Politik vorangebracht haben, aber es lässt sich schlecht behaupten, dass sie als Motor der Parteibildung gewirkt hätten. Diese Rolle ist der verbandsmäßigen Organisation der Umweltschutz-Bürgerinitiativen zugefallen. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) ist am 24. Juni 1972 als bundesweiter Verband gegründet worden. Zuvor waren

in den 1960er Jahren tausende Bürgerinitiativen quer durch die gesamte Bundesrepublik entstanden. Ihre Vernetzung begann nach der Bundestagswahl 1969, als das jetzt liberalgeführte Innenministerium für die Umsetzung seiner eigenen Umweltschutz-Agenda an entsprechenden Strukturen auf Seiten der Bürgerinitiativen interessiert war. Beamte des Innenministeriums nahmen an der Gründung teil und unterstützten den BBU in der Folge auch finanziell.¹¹ Vor der Verbandsgründung hatten sich einflussreiche Bürgerinitiativen bereits in zumeist regionalen Strukturen zusammengeschlossen und zum Beispiel die „Rhein-Main-Aktion“ und die „Rhein-Ruhr-Aktion gegen Umweltzerstörung“ ins Leben gerufen. Bei den fünfzehn Gründungsorganisationen des BBU handelte es sich mehrheitlich um solche Zusammenschlüsse. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Sprecher der „Rhein-Ruhr-Aktion“, Horst Zilleßen, gewählt. Seine beiden Stellvertreter waren der Chemiker Hans-Helmuth Wüstenhagen von der „Bürgeraktion Umweltschutz Zentrales Rheingebiet“ in Karlsruhe und Gerd Werner von der Bürgerinitiative Sylt. Die Bürgerinitiative Sylt hatte gerade durch die Verhinderung eines 100-Meter-Hotelturms in Westerland auf sich aufmerksam gemacht.¹² Die bekannteste Bürgerinitiative im BBU aber war der „Verein zum Schutz der Eltviller-Wallufer-Rheinuferlandschaft e.V.“ mit Sitz in Eltville, der den Bau einer Autobahn längs des Rheinufers verhindern konnte.¹³ Dem BBU-Vorstand gehörten noch Vertreter von weiteren acht Bürgerinitiativen an, von denen sich einer, Kurt Oeser (1928–2007), dauerhaft einen Namen als „Umweltpfarrer“ gemacht hat. Kurt Oeser war Pfarrer in Mörfelden, einer Gemeinde direkt am Frankfurter Flughafen gelegen, und hatte 1967 die „Bundesvereinigung gegen Fluglärm“ mitgegründet. Der BBU kannte keine individuellen Mitglieder, von Fördermitgliedern ohne Stimmrecht abgesehen.

KERN ENERGIE MENSCH UMWELT

Herausgegeben
von Kurt Oeser
Horst Zilleßen

Mit einem
Geleitwort von
Hans Matthöfer

Verlag
Wissenschaft

Beiträge von
Günter Altner
Hartmut Bossel
Ulf Bossel
Walter Herbst
Hans Kiemstedt
Martin Schrenk
Udo Ernst Simonis
Horst Zilleßen

40 C

1060

03 - Kurt Oeser u.a. (Hg.):
„Kernenergie. Mensch. Umwelt“ (1976)

Nachfolger von Zilleßen wurde Hans-Helmut Wüstenhagen (1923–1996)¹⁴, der den Verband von 1973 bis 1977 leitete. In seine Amtszeit fielen die Ereignisse, die die Umweltbewegung erst zur Anti-Atom-Bewegung werden ließen, die Bauplatzbesetzung in Wyhl am 23. Februar 1975 und die Ankündigung der niedersächsischen Landesregierung vom 22. Februar 1977, dass in Gorleben ein Nukleares Entsorgungszentrum (NEZ) gebaut werden sollte. Der Gorleben-Beschluss löste eine Welle von Aktionen innerhalb der Anti-Atom-Bewegung aus, die die Möglichkeiten des BBU, steuernd einzugreifen, überforderten, nicht zuletzt auch wegen Wüstenhagens Führungsstil und der außer Kontrolle geratenen Anti-Atom-Demonstrationen in Brokdorf (19. Februar 1977)¹⁵, Grohnde (17. März 1977) und anderen mehr. Darüber kam es im Juli 1977 zum Rücktritt von Wüstenhagen, den „Die Zeit“ mit der Frage kommentierte, welche Strategie der BBU künftig verfolgen solle: „Bürgerlicher Ungehorsam, notfalls auch mit Gewalt gegen Sachen? Oder Bildung einer Umweltpartei?“¹⁶ Der Gorleben-Beschluss lag auf der Linie der Rechtsprechung zu Wyhl: keine Baugenehmigung für ein weiteres Atomkraftwerk ohne ein Entsorgungskonzept für den Atommüll. Damit wurden die im Wendland vorgesehenen Atomfabriken zur Achillesferse für den Ausbau der Atomkraft, bis nach Jahren der Demonstrationen die Pläne für eine Wiederaufarbeitungsanlage im Wendland und schlussendlich in Wackersdorf aufgegeben wurden.

Mit dem Rückzug von Wüstenhagen ergaben sich eine Zäsur und die Chance, über das Verhältnis von Anti-Atom-Bewegung und gewaltfreien Aktionsformen unter Einschluss von Wahlen neu nachzudenken. Das Grundkonzept von Bürgerinitiativen, sich eine Meinung zu bilden und diese öffentlich zu vertreten, fand in der neuinstallierten „Bundeskonzferenz der Anti-Atom-Bewegung“ sichtbarerem Ausdruck als in der Verbandsarbeit des BBU. Die erste Bundeskonferenz fand mit 1.000 Teilnehmern aus 256 Gruppen am 14. und 15. Mai 1977 in Hannover statt, die folgenden während der nächsten drei Jahre in Braunschweig, Göttingen und Bremen hatten sogar 1.300 bis 1.500 Teilnehmer und sind in ihrer Grundstruktur Vorläufer der Aktionskonferenzen der Friedensbewegung in den 1980er Jahren.¹⁷

Auf der anderen Seite wurde der BBU-Vorstand, nicht zuletzt wegen des plötzlichen Abgangs von Wüstenhagen, um zwei Vorsitzende erweitert und die drei Positionen mit Hans-Günter Schumacher, Peter Willers¹⁸ und Roland Vogt besetzt. Der so erweiterte Vorstand nutzte seine Möglichkeiten im Kontakt mit anderen Vereinigungen, um die Bedingungen für eine Kandidatur bei der nächsten Europawahl auszuloten, zumal er mit Josef M. Leinen, Petra Kelly und Roland Vogt drei aktive Mitglieder der „Jungen Europäischen Föderalisten“ (JEF) in seinen Reihen zählte, die hier besonders sensibilisiert waren. Roland Vogt nahm vom 15. bis 17. September 1977 an einer Arbeitskonferenz des im Vorjahr gegründeten Netzwerks „ECOROPA“ in Metz teil, bei der die Aufgaben im Lichte einer angestrebten ökologischen Kandidatur bei der nächsten Europawahl verteilt wurden. Die vierzig Teilnehmer:innen aus zwölf europäischen Ländern beauftragten den Vizepräsidenten Manfred Siebker mit der Ausformulierung eines Wahlmanifests und verkündeten in der Abschlusserklärung, dass „ECOROPA“ bei der Wahl diejenigen Kandidaten unterstützen wolle, die auch ihr Wahlmanifest unterstützten.

Schon vor der Tagung in Metz hatte der BBU über den „ECOROPA“-Newsletter zu einer internationalen Konferenz „Le Mouvement écologique face aux élections européennes“ vom 26. bis 28. August 1977 in die Europäische Akademie in Bergisch Gladbach eingeladen.¹⁹ Eine offene Frage war, wer denn die deutschen Kandidaten wären, die „ECOROPA“ unterstützen würde. Herbert Gruhl wurde in den Protokollen erwähnt, aber der war noch Bundestagsabgeordneter der CDU. In Großbritannien, den Niederlanden und in Italien gab es Parteien, die als ECOROPA-Organisationen beteiligt waren. Für Deutschland wurde der BBU als Organisation aufgeführt, der sich schließlich jedoch für wahlpolitisch neutral erklärte. In dieser Situation organisierte die bei der Tagung in Metz ebenfalls präsente „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ (AUD) über ihre Nebenorganisation „Demokratische Lebensschutzbewegung“²⁰ einen Kongress in Darmstadt, der dann zu einem Deutschen Umwelttreffen aufrief. Das Deutsche Umwelttreffen wurde von der AUD und vom BBU organisiert²¹ und fand am 24. und 25. Juni 1978 in Troisdorf statt. Hier wurde per Akklamation ein

Koordinierungsausschuss aus 19 Personen gewählt wurde, der die Gründung der Grünen für die Europawahl 1979 vorbereiten sollte.

Noch unmittelbar vor der Gründung bekundeten die BBU-Vorsitzenden Josef M. Leinen und Hans-Günter Schumacher ihre Sympathie für das Projekt: „Die Gründung einer Grünen Partei wird insoweit für die Bürgerinitiativen neue Darstellungsmöglichkeiten, aber auch zusätzliche Probleme für das eigene Selbstverständnis mit sich bringen. Es ist deshalb immer wieder erforderlich, auf die satzungsmäßige parteipolitische Unabhängigkeit des BBU hinzuweisen. Trotzdem soll nicht verschwiegen werden, daß der Versuch, bundesweit eine in sich gefestigte Grüne Partei ins Leben zu rufen, auf die Sympathie des BBU trifft.“²² Die politische Kraft hinter der Gründung der Grünen und ihrer Kandidatur zum Europäischen Parlament war die wachsende Kraft der Anti-Atom-Bürgerinitiativen, der sich auch der BBU nicht verschließen mochte.

Anmerkungen

- 1 Guggenberger, Bernd: Von der Bürgerinitiativbewegung zur Umweltpartei, in: Guggenberger, Bernd u.a. (Hg.): Bürgerinitiativen und repräsentatives System, Opladen: Westdeutscher Verlag 1984, S. 376–403; Mez, Lutz: Von den Bürgerinitiativen zu den GRÜNEN. Zur Entstehungsgeschichte der „Wahlalternativen“ in der Bundesrepublik Deutschland, in: Roth, Roland u.a. (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main: Campus Verlag 1987, S. 263–276.
- 2 Guggenberger, Bernd, Bürgerinitiativen, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/201988/buergerinitiativen/>, Zugriff: 09.12.2022.
- 3 Rucht, Dieter: Von der Bewegung zur Institution? Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung, in: Roth, Roland (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main: Campus Verlag 1987, S. 238–260.
- 4 Kirchheimer, Otto: Der Wandel des westdeutschen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift, Bd. 6 (1965), Heft 1, S. 20–41.
- 5 Deutscher Bundestag: Regierungserklärung Willy Brandt vom 28.10.1969, Stenografische Berichte, 6. Wahlperiode, 5. Sitzung, Bd. 71, S. 20ff.
- 6 Grossmann, Heinz: Bürgerinitiativen – Schritte zur Veränderung?, Frankfurt a. M.: Fischer 1971.
- 7 Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand E.08 „Frauenaktion 70“, die „Frauenaktion 70“ hat die Kampagne „Wir haben abgetrieben“ initiiert; Der Stern, Titelblatt, Heft 24, 6. Juni 1971.
- 8 Die Zeit, Nr. 45, 10.11.1972, S. 14. Die SPD konnte bei dieser Wahl eine absolute Mehrheit erzielen.
- 9 Ergebnisse der Kommunalwahlen in Niedersachsen, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Ergebnisse_der_Kommunalwahlen_in_Niedersachsen, Zugriff: 27.10.2022.
- 10 Frankfurter Rundschau, Nr. 59, 11.03.1977, S. 17.
- 11 Kempf, Udo: Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), in: Guggenberger, Bernd u.a. (Hg.): Bürgerinitiativen und repräsentatives System, Opladen: Westdeutscher Verlag 1984, S. 404–423.
- 12 Norddeutscher Rundfunk (NDR), Zeitreise: Atlantis, das umstrittene Hotelprojekt auf Sylt, 27.07.2014.
- 13 Die Bürgerinitiative zum Schutz der Eltville-Wallufer Uferlandschaft ließ am 17.05.1976 in der FAZ eine ganzseitige Anzeige abdrucken, Eltville ist gerettet, wir danken!, <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/nordumfahrung-von-eltville-wie-die-kleineriviera-am-rhein-gerettet-wurde-13100848.html>, Zugriff: 18.01.2023, wobei der Dank an Hunderte von Initiativen geht, die die Bürgerinitiative unterstützt haben, wodurch zugleich das wichtigste Kapital der Initiativen genannt ist, die gegenseitige Unterstützung. Die Autobahn wurde dann im Norden um Eltville herumgeführt, durch die kostbaren Rheingauer Weinberge.
- 14 taz, Das Porträt – Ein Bürger im Kampf gegen AKW, 04.12.1996, 1996, <https://taz.de/Ein-Buerger-im-Kampf-gegen-AKW/11425325>, Zugriff: 18.01.2023.
- 15 AKW Brokdorf: Chronik der Bau- und Protestgeschichte, 05.10.2020, 2020, <https://www.ndr.de/geschichte/AKW-Brokdorf-Chronik-der-Bau-und-Protestgeschichte,brokdorfchronik2.html>, Zugriff: 21.12.2022.
- 16 Die Zeit, Nr. 32, 1977, <https://www.zeit.de/1977/32/fort-mit-schaden>, Zugriff: 18.01.2023.
- 17 Mende, Silke / Metzger, Birgit: Die Umweltbewegung als Erfahrungsraum der Friedensbewegung, in: Becker-Schaum, Christoph u.a. (Hg.): „Entrüstet Euch!“ – Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn: Brill, Schöningh 2012, S. 118–134.
- 18 Peter Willers (1935–2021), Aktiver im Widerstand gegen das Atomkraftwerk Unterweser (Esenshamm), wurde im März 1979 Mitbegründer der Bremer Grünen Liste, für die er im Oktober desselben Jahres als einer der ersten vier Abgeordneten der Grünen in die Bürgerschaft gewählt wurde. Im BBU-Vorstand wurde Josef M. Leinen 1978 auf seine Position nachgewählt.
- 19 Archiv Grünes Gedächtnis, Message Nr. 7, Juliet 1977, Bestand Petra Kelly 952.
- 20 Stöss, Richard: Die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher, in: Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 1: AUD–CDU, Opladen: Westdeutscher Verlag 1983, S. 315.
- 21 Archiv Grünes Gedächtnis, Die Gründungsgeneration der Grünen. Acht Interviews, S. 21.
- 22 Leinen, Josef M. / Schumacher, Hans-Günter: Das Verhältnis der Bürgerinitiativen zu den politischen Parteien. Ziele und Strategien des BBU, in: Öko-Institut e.V. (Hg.): Alternativen. Anders Denken – Anders Handeln, zum Selbstverständnis der Bürgerinitiativbewegung, Freiburg im Breisgau: Dreisam-Verlag, 1978, S. 257.

Abbildungen

01:

Grossmann, Heinz (Hg.): Bürgerinitiativen.
Schritte zur Veränderung? Frankfurt a.M.:
Fischer 1971
WLB Stuttgart: 21/5902

02:

Unabhängige Bürger im Rathaus Zehlendorf.
Erfolge und Niederlagen. 1975–1985, Berlin:
Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger –
WUB 1985, Umschlag Rückseite:
WLB Stuttgart / BfZ: Sammlung Neue Soziale
Bewegungen

03:

Kurt Oeser / Horst Zilleßen (Hg.): Kernenergie.
Mensch. Umwelt, Köln: Verlag Wissenschaft
und Politik 1976
WLB Stuttgart: 40C/1060